

# Schwere Anklagen gegen „Unabhängige“

Man sollte meinen, daß nach der gestrigen Aussprache im Hauptauschuß des Reichstages die Interpellation der Sozialdemokraten so gut wie erledigt sein würde. Es war wohl für alle Welt eine Ueberraschung, daß heute tatsächlich erst der dramatische Höhepunkt der ganzen Affäre erreicht wurde. In der Sonnabend-Sitzung in der Dr. Helfferich die Regie führte, hatte die Regierung nicht gerade brillant abgeschnitten. Heute aber hat der Reichskanzler die Dinge selbst in die Hand genommen und siehe da, die Regie war gut. Daß Helfferich nicht der geeignete parlamentarische Helfer für den Reichskanzler ist, war bereits bewiesen. Daß aber Dr. Michaelis, eine solche Hilfe überhaupt nicht braucht, wenn er sich erst dazu entschließt, freimütig aus sich herauszutreten, das hat er in der heutigen Sitzung bewiesen. Seine Rede, die mehr war als eine bloße Stellungnahme zu der Interpellation über die politische Agitation im Heere, verdient aufrichtige Anerkennung mit einer Einschränkung, auf die wir noch später zurückkommen werden.

Was der Reichskanzler über das eigentliche Thema der Interpellation sagte, ist über den Rahmen seiner Erklärungen im Hauptauschuß nicht wesentlich hinausgegangen. Er hat den Inhalt der im Hauptauschuß vorgelesenen Zeitsätze für den vaterländischen Unterricht im Heere mitgeteilt und dadurch auch der Öffentlichkeit ermöglicht, sich von der Harmlosigkeit dieser Zeitsätze zu überzeugen. Doch der vaterländische Unterricht nicht immer nach diesen Zeitsätzen erteilt wird, sondern öfters in eine einseitige politische Agitation ansartete, hat der Reichskanzler auch heute nicht bestritten. Er hat sogar die Häufigkeit solcher Fälle zugegeben und die strengsten Gegenmaßnahmen angekündigt. In dieser Hinsicht war die Interpellation also nicht vergeblich, und es kann als dankenswert bezeichnet werden, daß auch heute von den Rednern der beiden sozialdemokratischen Fraktionen neues Material über Mißbräuche in der erwähnten Richtung mitgeteilt wurde. Zweifelsohne wird diese Debatte für die praktische Befolgung der Zeitsätze ihre gute Wirkung zeigen.

Was bis jetzt vermehrt worden ist, war eine Stellungnahme des Reichskanzlers zu den politischen Streitfragen selbst, die den Gegenstand der Agitation in der Heimot wie im Heere bilden. Diese Voraussetzung hat Dr. Michaelis heute nachgeholt. Er hat im Rahmen seiner Interpellationsbeantwortung eine verhältnismäßig kurze, aber wichtige Erklärung über seine äußere Politik abgegeben. Es verdient festgestellt zu werden, daß der Reichskanzler als Basis dieser Erklärung die Resolution des Reichstages vom 19. Juli und seine damals im Anschluß daran erfolgten Ausführungen benutzt hat. Man kann auch die heutige Berufung auf die Reichstagsresolution wiederum als eine Auslegung bezeichnen, eine Auslegung aber, die geeignet ist, die Zahl der Anhänger der Kanzlerpolitik zu vermehren.

Dr. Michaelis hat gezeigt, daß die Resolution ohne gewalttätige Veränderung ihres Sinnes keineswegs dazu bestimmt ist, Deutschland auf den sogenannten Hungerfrieden festzulegen, daß zwischen dem Hungerfrieden und dem sogenannten Anneziationsfrieden ein weiter Zwischenraum, der nur durch kluge, politische und wirtschaftliche Ziele ausgefüllt zu werden braucht, um den vermeintlichen Gegensatz zwischen den beiden extremen Richtungen wenigstens zu mildern. Daß der Kanzler keinen anneziatorischen Frieden schließen will, geht aus seiner Forderung an die Feinde, zunächst die schwarz-weiß-roten Grenzpfähle unangestastet zu lassen, wenn sie mit uns über Frieden reden wollen, hervor. Ergänzt wird diese Forderung durch die Betonung unseres Zieles, die deutsche Existenz und Entwicklung auf dem Kontinent und in der Uebersee sicherzustellen.

Weiter lehnt der Kanzler jeden feindlichen Eingriff in die inneren Verhältnisse Deutschlands ab, und endlich wendet er sich gegen ein Wirtschaftstrugbündnis unserer Feinde. Ein Frieden der künftigen und wirtschaftlichen Kraft ist das Ziel, dem wir zu-

streben. Nach seinen Ausführungen ist nicht zu leugnen, daß er dieses Ziel klar vor Augen sieht, und es bleibt nur zu wünschen, daß er auch über den politischen Weg, der zu seinen Zielen führen soll, ebenso klar sehen möge, und sich betätige.

Schon vor und während der Rede des Kanzlers konnte man merken, daß etwas Besonderes im Zuge war. Um was es sich handelte, dürfte außer den Regierungsvertretern nur wenigen bekannt gewesen sein. Jedenfalls sah der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Admiral von Capelle, aufmerksam während der Rede des unabhängigen Sozialdemokraten Dittmann auf dem Platze des Schriftführers neben dem Rednerpult. Ein Offizier reichte ihm und dem Reichskanzler fortwährend scheinbar Mitteilungen von außerhalb, die er den beiden Ministern abwechselnd ins Ohr flüsterte.

Nach der Rede nahm denn auch sogleich der Staatssekretär v. Capelle das Wort, um in kurzen, energisch ausgesprochenen Worten seine Enthüllungen über das Marinekomplott vorzutragen. Die Spannung erreichte, sowie der Staatssekretär sich erhob, ihren Höhepunkt. Die Abgeordneten umringten in dichten Scharen das Rednerpult und hörten unter atemloser Stille die Mitteilungen des Staatssekretärs an. Klar und scharf fielen die Worte der Anklage in den Saal. Die Unabhängigen Sozialdemokraten hörten ebenso ruhig zu wie alle übrigen. Auch als der Staatssekretär erklärte, daß das von den Behörden aufgedeckte Komplott einiger Mitglieder der Marine den Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion nicht unbekannt gewesen sei, wurde nichts geantwortet. Die Erregung machte sich erst am Schluß der Rede des Staatssekretärs bemerkbar, und als nach ihm der Sozialdemokrat David das Wort ergriff, konnte er sich minutenlang kaum verständlich machen, weil hunderte von Stimmen gleichzeitig erregt durch den Saal schwirren.

Was nun die Enthüllungen des Staatssekretärs selbst betrifft, also die Mitteilung, daß eine Anzahl von Angehörigen der Marine beschloßen hatte, die Flotte, sei es auch mit Gewalt, in die Hände der Anhänger revolutionärer Ideen zu bringen, um auf diese Weise durch die Lahmlegung der deutschen Kriegsmacht zur See den Frieden herbeizuführen, so ist der weiteren Öffentlichkeit das Material über diese Anklage noch nicht bekannt geworden. Man weiß zwar, und das ist auch aus einer späteren Erklärung des Abgeordneten Haase hervorgegangen, daß zwei Angehörige der Marine wegen dieses Komplotts zum Tode verurteilt worden sind. Was aber zunächst völlig unauferklärt ist und vielleicht während der heutigen Sitzung seine Aufklärung finden dürfte, ist jedenfalls der Zusammenhang zwischen dieser mißglückten Unternehmung und den vom Staatssekretär genannten drei Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion Haase, Dittmann und Bogtherr.

Am Tische des Bundesrats: Helfferich, Graf Roederer, v. Stein, Walraf, Dr. Schwander, v. Capelle, v. Baldow.

### Anfragen.

Eine Anfrage des Abg. Albrecht (U. Soz.) will wissen, ob Handwerker, die in den Werkstätten des Beschleidungsamts zu Magdeburg zum Kriegsdienst eingezogen sind, mit der Herstellung von Friedensuniformen beschäftigt und scheinbar zu Kriegszwecken nicht gebraucht werden, nicht vom Militärdienst befreit werden können.

Generalmajor v. Oyen erwidert, daß eine Entlassung nicht möglich sei. Es habe sich nur um die Aufarbeitung einer beschränkten Zahl von noch aus der Friedenszeit vorhandenen Aufschnitten zu einer Zeit gehandelt, als wegen der langsamen Einlieferung